

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das Wilsdruffer Tageblatt erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis: Bei Abholung in der Reichshauptstadt und den Angehörigen 2 RM. im Voraus, bei Bestellung durch die Boten 2,30 RM., bei Postbestellung 3 RM., zuzüglich Abzug 15 Pf. Alle Postanfragen an den Verleger, Wilsdruff u. Umgegend, werden nach Möglichkeit beantwortet. In der Reichshauptstadt und den Angehörigen sind die Abnehmer entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Abrechnung des Bezugspreises. — Wilsdruff eingetragene Schriftstelle erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Anzeigenpreis: Die 2-spaltige Raumzeile 20 Rpf., die 4-spaltige Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichspfennig, die 3-spaltige Raumzeile im textlichen Teile 1 Reichsmark. Nachverdingungsgebühr 20 Reichspfennig. Sonstige Anzeigenpreise werden nach Möglichkeit festgesetzt. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. Für die Richtigkeit der Angaben übernehmen wir keine Garantie. Jeder Nachdruck ist ohne schriftliche Genehmigung des Verlegers untersagt. — Wilsdruff eingetragene Schriftstelle erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rossen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 217 — 89 Jahrgang

Telegr.-Adr.: „Amtsblatt“

Wilsdruff-Dresden

Postfach: Dresden 2040

Mittwoch, den 17. Sept. 1930

Politische Fragezeichen.

Mit dem Wahlergebnis in großen Zügen bekannt war, man das ungewissheit Überwältigende dieses Ergebnisses einigermassen verbaut hatte, setzte auch sehr schnell das große Rätselraten ein. Das hinderte natürlich nicht daran, daß die einen jubelten, die anderen ihren persönlichen Hoffnungen nachtrauerten, überall nach „massenpsychologischen“ Erklärungen für das Wahlergebnis gesucht und dies je nach der parteipolitischen Einstellung und — Gewinn- oder Verlustrechnung bewertet wurde. Aber auch das wird schließlich vorübergehen und sehr bald werden sich die nüchtern-praktischen Fragen, Probleme und Gefahren des politischen Alltags geltend machen, wird nur noch die Tatsache der jetzigen Zusammensetzung des Reichstags ihre Wirkung tun.

Welches diese Wirkung parlamentarisch sein wird, kann heute um so weniger mit irgendwelcher Sicherheit gesagt werden, als alles, Ansichten und Absichten, Wünsche und Hoffnungen, Pläne und Aussichten, noch völlig in Fluss sind. Die Führer der Parteien, ebenso der Sieger wie der Geschlagenen, halten sich sehr zurück, wenn man ihnen mit neugierigen Fragen über das „Was nun?“ zu nahe auf den Leib rückt. Es gibt eben allzu viele Fragezeichen, „unbekannte Größen“ in der ganzen politisch-parlamentarischen Rechnung für das Heute, Morgen und gar Übermorgen. Man will sich nicht festlegen, sich nicht binden durch ein unvorsichtiges Wort, das später vielleicht zur Schranke werden kann. Besonders da — leider ja nicht zum erstenmal in der parlamentarischen Geschichte Deutschlands der Nachkriegszeit! — die ganze Situation parteipolitisch so verzwickelt ist wie nur eben möglich. Im Wahlkampf konnte man unbefangt darauf losmarschieren, aber hinterher, wenn die Dinge nun von der grellen Sonne der Wirklichkeit überstrahlt werden, sehen sie sich oft doch ganz anders an.

Auch das Ausland, wo man sich nicht bloß aus allgemeinspolitischen, sondern vor allem aus wirtschaftlichen Gründen für den Ausgang der Wahlen stark interessierte, ist man zwar sehr überrascht und gibt dem auch Ausdruck, aber ist sehr schnell davon abgekommen, dieses Wahlergebnis nun sozusagen als die Einleitung zu einer großen außen- und innenpolitischen Schwere Deutschlands zu sehen. Das hindert nicht, daß man jetzt noch — namentlich in Paris — genau hinter das deutsche Morgen und Übermorgen ungefähr ebenso viele Fragezeichen setzt wie man das in Deutschland tut. „Kalt Blut und warm angezogen“, wie der Berliner sagen würde, — so ist das Urteil in dem verständigen Teil des Auslandes, und ebenso wie sich die deutschen Börsen und maßgebenden Wirtschaftskreise „beruhigten“, klingen in London und New York auch schon wieder das erste Gefühl einer gewissen Unbehaglichkeit wieder ab, das aus der Frage entstehen mußte: Wie wird angeht's des Wahlergebnisses die künftige deutsche Außen- und Handelspolitik aussehen? Aber man glaubt dort, diesen Ergebnissen auch noch etwas anderes zu entnehmen, und zwar vielleicht nicht ganz mit Unrecht. In weiten deutschen Kreisen, die gerade deswegen auch ihre Stimmen nicht den Trägern der offiziellen deutschen Politik geben, spricht ein Instinkt, ein dumpfes Gefühl davon, daß das Ausland dem deutschen Willen und dem Arbeiten zum Wiederanstieg, zur Überwindung seiner Daseinsnot als Volk und Nation, die Hindernisse nicht so aus dem Wege geräumt hat und räumt, wie es Deutschland fordert und erhofft, sondern, daß man solche Hindernisse eher noch höher türmt. Gerade die Reden auf der jetzt tagenden Versammlung des Völkerbundes, ebenso Hendersons, des englischen Außenministers, wie die anderer Delegierter, geben dazu eine Art Illustration. Ob berartige Ansichten des Auslandes über die „Stimmung“ in Deutschland richtig oder falsch sind, ist zwar durchaus nicht gleichgültig, aber vielleicht noch bedeutungsvoller ist, daß man sich jenseits unserer Grenzen überhaupt Gedanken darüber macht. Und zwar gerade jetzt, da die allgemeine Wirtschaftsnot härter als je zu einem wirklichen Zusammenarbeiten auch aller von ihr betroffenen Völker zwingt — ohne all und jede „politischen“ Hemmnisse und Hintergedanken.

Darüber ist man sich ja auch bei uns trotz der auf die innenpolitische Gestaltung in Deutschland gerichteten Augen klar: Wir sind vor allem wirtschaftspolitisch so eng mit dem ganzen Ausland bis hinüber nach Amerika verknüpft, daß auch jene künftige politische Innengestaltung diese Verfristung gerade aus wirtschaftlichen Gründen nicht einfach unberücksichtigt lassen kann. Das ist eben die Wirklichkeit und sie hat heute mehr als je die Macht, sich allen andern Wünschen gegenüber durchzusetzen.

In vielen bitteren Stunden haben wir Deutsche das lernen müssen. Und bis der Reichstag zusammentritt, sicherlich aber bald hernach wird in ihm auch die Entscheidung darüber fallen, ob und wie er die Wege blüht, die die jetzige Regierung innen- und wirtschaftspolitisch seit dem Frühjahr gegangen ist und die sie weitergehen will. Verfassungsgemäß müssen dem neuen Reichstag ja alle Verordnungen, die seitdem erlassen sind, vorgelegt werden und sind, wenn er es in seiner Mehrheit verlangt, unverzüglich außer Kraft zu setzen. Bis dahin aber wird eine ganze Reihe jener politischen Fragezeichen, die man heute noch überall sieht, doch wohl schon durch Antworten erloscht sein.

Curtius vor dem Völkerbund.

Deutsche Außenpolitik in Genf.

Abrüstung gefordert.

Das größte Interesse wurde bei den in Genf versammelten Staatsvertretern der großen Rede entgegengebracht, die Reichsaussenminister Dr. Curtius am Dienstag hielt. Er betonte darin den festen Willen der deutschen Regierung, jeden Gedanken an einen Krieg zu verbannen in der festen Voraussetzung, daß auch auf der anderen Seite die Erkenntnis gekommen sei, andere Mittel als richtig anzusehen, welche die namentlich Deutschland bedrückenden Folgen des großen Krieges abzubauen imstande seien. Entscheidende Taten müßten geschehen zunächst auf dem Gebiete der Abrüstung, dem Deutschland vorausging, dann der Wundheilung. Deutschland sei bereit, an der europäischen Zusammenarbeit mitzuwirken.

Dr. Curtius dankte zunächst herzlich für die Worte, die man dem Anbenden Streifemanzel gewidmet habe, die ein Zeugnis dafür waren, wie die Grundsätze der deutschen Außenpolitik auch außerhalb Deutschlands Verständnis und Achtung gefunden haben. Curtius erkannte weiter die von Deutschland gebilligte Haltung des Völkerbundes an, für den aber kein Stillstand in Frage kommen dürfe. Der Außenminister fuhr fort: Das erste Erfordernis aller internationalen Bemühungen war jedoch, auch unbedingte Fragen fest ins Auge zu fassen und die Dinge beim rechten Namen zu nennen.

Wenn aber dabei hier die Möglichkeit angedeutet worden ist, daß die heutigen Zustände sogar zum Krieg führen könnten, so halte ich es für unbedingt geboten, auch den bloßen Gedanken an solche Möglichkeit von vornherein auszuschalten. Der feste Entschluß, jeden Kriegsgedanken zu verbannen, bedingt auf der anderen Seite, daß an Stelle des Krieges andere Mittel gefunden und angewandt werden können, um den vorhandenen oder neu auftretenden Problemen gerecht zu werden; denn die Bestimmung auf die Notwendigkeit der Erhaltung des Friedens darf nicht zu einem Übersehen der Fragen führen, die einer Lösung bedürfen. Niemand darf der Völkerbund sich einer Strömung verschließen, mögen solche Strömungen zunächst auch noch so beunruhigend erscheinen. Der Bund muß die Führung übernehmen.

Wir haben den Grundsatz betont, daß es nicht mit dem bloßen Verbot des Krieges getan ist, sondern, daß es darauf ankommt, die Ursachen zu beseitigen und Vorkehrungen für die friedliche Schlichtung aller Arten von Meinungsverschiedenheiten zu treffen. An diesem Grundsatz halten wir fest.

Die Abrüstung.

Der deutsche Außenminister sagte u. a. weiter: Es ist unnötig, über die Abrüstungsfrage noch Worte zu verlieren. Auf die Darlegungen, die die deutsche Abordnung darüber seit vier Jahren macht, sind keine entscheidenden Taten gefolgt. Die Dinge liegen so, daß die Regierungen mit der Erfüllung ihrer rechtlichen und moralischen Verpflichtung zur Abrüstung seit Jahren zur größten Enttäuschung Deutschlands im Rückstand sind. Wir müssen uns aber die völlige Unhaltbarkeit dieser Lage eingestehen und es als eine Selbstverständlichkeit betrachten, daß die Abrüstungskonferenz nun endlich im Laufe des nächsten Jahres zusammentritt. Wir erwarten eine gerechte, der Sicherheit aller Staaten Rechnung tragende Lösung.

Bei der Besprechung der Minderheitenfrage betonte Dr. Curtius, es handele sich nicht um die Vertretung irgendwelcher Sonderinteressen einzelner Staaten, sondern um ein wichtiges Element zur Sicherung des Friedens, an dem alle Völkerbundmitglieder in gleicher Weise interessiert sind.

Die Lage nach den Wahlen.

Eine Rede des Reichsinnenministers.

Reichsinnenminister Dr. Wirth sprach im Berliner Rundfunk über die politische Lage nach den Wahlen. Der Radikalismus habe eine Schlacht gewonnen, aber die Regierung behaupte das Schlachtfeld: Sie regiere, sie bleibe im Amt, sie fahre fort, die Probleme der Finanzen, des Wirtschaftslebens weiter zu vertreten. Der Regierung Brüning, hinter der heute 209 Abgeordnete ständen, fehlten 80 Stimmen an einer Mehrheit. Selbst bei vorläufiger Neutralität der Sozialdemokratie fehlten immer noch 17 Stimmen. Der Begriff der „Großen Koalition“ könne nur noch in dem Sinne gefaßt werden: Komme der Reichstag zu einer arbeitsfähigen Mehrheit, die sich im Laufe der Dinge politisch auswirken könne? Dazu müsse zunächst ein sachliches, klares und möglichst einfaches Programm die Möglichkeit einer Orientierung im Reichstare schaffen.

Die Lage Europas.

Zum paneuropäischen Gedanken übergehend, führte Dr. Curtius aus, kein Land fühle stärker als Deutschland den Druck und die Gefahr der gegenwärtigen Lage Europas, kein Land hat lebhafteres Interesse an einem Ausgleich der Spannungen, als das in der Mitte des Kontinents gelegene Deutschland. Kein Land kann dringender weitgehende Vereinigung aller Länder Europas wünschen.

Nach vielen Jahren einer unter schweren Opfern durchgeführten Politik der Verständigung sieht sich Deutschland auch heute noch in einer Lage, die seiner Regierung Anlaß zu ernstlichen Sorgen gibt. Deutschland ist von der allgemeinen Krise stärker betroffen worden als andere Länder. Dies ergibt sich schon aus der Tatsache, daß seine gesamte Wirtschaft durch die Reparationszahlungen auf das schwerste vorbelastet ist.

Es war selbstverständliche Pflicht der deutschen Regierung, einen Schutz gegen Überschwemmung mit laubwirtschaftlichen Erzeugnissen aus anderen Ländern zu errichten. Keine Regierung kann untätig zusehen, wenn die Getreidepreise im Laufe von einundzwanzig Jahren um 40 bis 50 Prozent sinken. Man muß jetzt nach besseren Wirtschaftsformen suchen. Es ist auf die Dauer unerträglich, daß sich der einzelne Staat für sich allein in einer solchen Notlage nicht anders schütten kann, als durch Zollmaßnahmen. Der Gedanke einer europäischen Zusammenarbeit auf wirtschaftlichem Gebiet ist zur rechten Zeit gekommen. Die deutsche Regierung ist zu einer solchen wirtschaftlichen Zusammenarbeit einigestimmt. Sie ist bereit, alle dahinszielenden Vorschläge mit größter Sorgfalt zu prüfen und sich an allen Arbeiten zu beteiligen.

Der italienische Vertreter.

Senator Scialoja, betonte, in der Abrüstungsfrage siehe die italienische Regierung auf dem Boden der Erklärungen des englischen Außenministers Henderson. Die Abrüstung stelle eine festerlich bindende Verpflichtung der Unterzeichner des Vertrages von Versailles dar, die durch den Völkerbundvertrag festgelegt worden sei. Scialoja verlangte dann eine Reform des Völkerbundessekretariats, der Italien besondere Bedeutung beilege.

Sonderauschuß für den Briand-Plan.

Außenminister Zaleski entwickelte in der Vollversammlung den bekannten polnischen Standpunkt in der Abrüstungsfrage. Die Abrüstung müsse ausschließlich unter dem Gesichtspunkt der Sicherheit behandelt werden, da beide unlösbar miteinander verbunden seien; der französische Vorschlag gebe die Möglichkeit weitestgehender wirtschaftlicher Zusammenarbeit der Staaten.

Der rumänische Außenminister Mironescu wies auf die Schwierigkeiten in der Abrüstungsfrage für die Staaten hin, die Nachbarländer von Nichtmitgliedstaaten des Völkerbundes seien.

Der finnische Außenminister Procope teilte mit, daß seine Regierung die Ratifizierung des Handelsabkommens über die Herabsetzung der Zolltarife beschlossen habe.

Der Präsident der Völkerbundversammlung verlas einen Entschließungsentwurf, wonach die paneuropäischen Pläne einem sofort einzusetzenden Sonderauschuß übergeben werden sollen, der sich aus den Regierungsvertretern sämtlicher 27 europäischen Mächte zusammensetzt und der seine Arbeiten nach dem Abschluß der Völkerbundversammlung aufnehmen wird. Der Entwurf geht auf einen gemeinsamen englisch-französischen Vorschlag zurück, der auch die Zustimmung der deutschen Abordnung gefunden hat. In der Mittwochssitzung wird über den Entwurf verhandelt.

Wir sehen, so betonte der Minister, den zum Ausdruck kommenden radikalen Strömungen in unserem Volke ein klares, sachliches, wirtschafts- und finanzpolitisches Programm entgegen. Gegen einen Vloed der reinen Reaktion, gegen Nationalsozialisten, Kommunisten und gegen Eugenbergs könnten verfassungsändernde Gesetze durch ein Ermächtigungsgesetz nicht verabschiedet werden.

Dr. Wirth erörterte dann die Möglichkeit einer sogenannten „Rechtsfront“, für die er 244 Stimmenbe rechnete. — Sie könnte politisch nur wirksam werden, wenn Bauern, Volkspartei und Zentrum mit 87 Stimmen dasutreten. Das sei politisch aber nicht diskutierbar. Eine überlegene Staatsführung werde jedoch auch die radikalen Vögen zu weichen verleiten. Aber man müsse bedenken: Was das deutsche Volk in einer 12 Jahre langen harten Schule des Leidens, des Opferbringens, des Ertragens von Lasten geleistet habe, das lasse sich auf die Dauer von keinem Volke ertragen. Wer draußen in der Welt nicht läge.